

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und kultuspolitischen
Fraktionssprechers**

Stefan Politze, MdL

zu TOP Nr. 14

Abschließende Beratung
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
über Tageseinrichtungen für Kinder**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs.
18/656

während der Plenarsitzung vom 20.06.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

Ich bin schon sehr erstaunt über den Redebeitrag meiner geschätzten Kollegin Julia Willie Hamburg, die ich immer als sehr intensiv arbeitende Fachpolitikerin wahrgenommen habe. Begriffe wie „drohende Schließung“, „Randzeiten werden zum Problem“, „Sprache“, „Flickschusterei des GBD“, „Flächenbrand in der Kita-Szene“ finde ich schon ein wenig abenteuerlich, Julia Willie Hamburg.

Das Problem ist, dass Sie offensichtlich nicht in die kommunale Gemeinde hineinhören. All das bewegt sich eher im Bereich der Vorwürfe als im Bereich der Realität.

Frau Hamburg, Ihre klare Botschaft, die ich mitnehme, war: Die Grünen sind gegen die Beitragsfreiheit für Eltern vom 1. August 2018 an. - Nichts anderes war Inhalt Ihres Beitrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bildung entscheidet über Zukunftschancen. Wir tätigen heute mit diesem Beschluss eine Riesenzukunftsinvestition in Familien in Niedersachsen. Das ist eher ein Grund zur Freude als ein Grund zum Klamaukschlagen in diesem Landtag.

Die SPD steht jedenfalls für kostenfreie Bildung von Anfang an. Denn nur so kann Chancengleichheit in unserer Gesellschaft gewährt werden. Unser Ziel ist es, dauerhaft und perspektivisch die gesamte Bildungskette beitragsfrei zu gestalten.

In der letzten Legislaturperiode haben wir mit den Studiengebühren den Anfang gemacht. Studiengebühren gibt es in Niedersachsen nicht mehr.

Wir gehen jetzt mit der Beitragsfreiheit den nächsten Schritt zur Gebührenfreiheit in der Bildungskette.

Wir werden an dieser Stelle nicht aufhören. Auch die Gebühren für Berufsausbildungen werden in Niedersachsen abgeschafft werden, und das ist

gut so. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch dafür kämpft Sozialdemokratie.

Es geht nicht um eine Entscheidung zwischen Beitragsfreiheit und Qualität, sondern um ein Sowohl-als-auch. Sie versuchen an dieser Stelle, uns eine andere Debatte aufzudrücken.

Das Land wird - die Beträge sollten ruhig einmal genannt werden - 300 Millionen Euro in die Hand nehmen, um die Beitragsfreiheit zu gewährleisten. Wir werden dafür künftig auch Bundesmittel in die Hand nehmen, wenn sie denn fließen. Aber bis dahin wird das Land Niedersachsen die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Beitragsfreiheit gewährt wird. Sie selber hätten hier einen Nachtragshaushalt mitbeschließen können, der für dieses Jahr die Sicherheit herstellt. Auch im nächsten Jahr werden wir die Beitragsfreiheit - im Zweifel auch aus eigenen Mitteln - gewährleisten können. Wir sind uns aber sicher, dass die Bundesebene sich an ihre Zusage hält.

Die Tagespflege wird mit über 20 Millionen Euro jährlich weitergeführt. Erstmals dabei ist eine Dynamisierung der Personalkosten in Höhe von 2,5 Prozent. Das macht immerhin 115 Millionen Euro aus. Den Härtefallfonds, der für die Kommunen wichtig war, hat die Kollegin Wulf bereits angesprochen.

Daneben läuft Qualität, liebe Julia Willie Hamburg. 61 Millionen Euro aus den Bundesmitteln sind für Qualitätsmaßnahmen vorgesehen.

Wir investieren bereits rund 150 Millionen Euro in die dritte Kraft in der Krippe, und wir haben 60 Millionen Euro Quik-Mittel verstetigt, mit denen schon der Einstieg in die dritte Kraft im Kindergarten begonnen werden konnte. Das sind insgesamt 270 Millionen Euro für Qualität in Niedersachsen. Dass Sie sagen, Qualität finde nicht statt, ist abenteuerlich.

Und das System wird insgesamt solidarischer, da nun ausschließlich Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in ihrer Gesamtheit für Kitas aufkommen werden, was schon deshalb gerecht ist, weil all diese Kinder später für die Renten

- auch für die Renten der Kinderlosen in diesem Land - aufkommen müssen. Das nennt man Generationenvertrag. Von daher ist es eine richtige Investition, aus Steuermitteln die Beitragsfreiheit in Niedersachsen zu finanzieren und damit auch den Generationenvertrag in Niedersachsen sicherzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

grundsätzlich sind Kitas Bildungseinrichtungen. Das gibt das derzeitige Gesetz nicht her.

Da komme ich auf die „Flickschusterei“ zurück: Der GBD hat deutlich darauf hingewiesen, dass das Gesetz in die Jahre gekommen ist, dass es natürlich Folgewirkungen hat, wenn man immer nur zwei Paragraphen herausgreift, und dass deswegen bestimmte Dinge nicht in sich schlüssig sind. Aber er hat nie davon gesprochen, dass dieses Gesetz nicht beschlossen werden dürfe. Ich weiß nicht, in welcher Veranstaltung Sie dabei waren.

Uns geht es primär um die Erfüllung des Bildungs-auftrages. Wir wollen, dass eine Verknüpfung des Bildungsauftrages mit der Beitragsfreiheit stattfindet, um die Zukunftschancen der Kinder in Niedersachsen zu erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch für die Erzieherinnen und Erzieher wird es eine deutliche Entlastung geben. Künftig werden Gespräche über Beitragsrückstände oder nicht gezahltes Essensgeld der Vergangenheit angehören.

Die Erzieherinnen und Erzieher in Niedersachsen werden sich künftig mehr der pädagogischen Arbeit widmen können. Ja, das Essensgeld wird weiter erhoben, Frau Viehoff. Darüber können Sie sich belustigen. Aber die Einrichtungen haben den Druck an dieser Stelle nicht mehr. Die Erzieherinnen und Erzieher werden ihrem Bildungsauftrag viel besser nachgehen können und erfahren dadurch eine deutliche Entlastung. Und das ist richtig so.

Und ja, wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher. Seit 2013 ist die Zahl der ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher in Niedersachsen allerdings schon angestiegen: von 11.000 auf 14.000. Es ist also deutlich mehr ausgebildet worden. Und in einem nächsten Schritt - das hat der Kultusminister deutlich gemacht - werden wir diese Zahl auf 14.500 anheben. Wir tragen also auch genau diesem Qualitätsbestandteil Rechnung. Außerdem werden wir uns mit den Möglichkeiten eines Quereinstiegs von Tagesmüttern sowie einer Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen beschäftigen, um auch auf diesem Weg dafür Sorge zu tragen, dass alle eine ordentliche Betreuung bekommen.

Aber neben dem bildungspolitischen Anspruch, den wir damit verbinden, ist das Ganze auch ein großes Entlastungspaket für Familien in Niedersachsen. Die Kollegin Wulf hat darauf hingewiesen. Es betrifft insbesondere die Mittelschicht, die durch die Beiträge sehr belastet war. Künftig werden Familien Summen in einer Größenordnung zwischen 1.400 und 4.000 Euro im Jahr mehr zur Verfügung stehen. Das ist richtig viel Geld für die Krankenschwester, aber auch für eine Familie mit zwei Kindern. Ich freue mich darüber, dass wir diese Familien in Niedersachsen entlasten.

Es ist auch richtig, dass wir bis zu acht Stunden Beitragsfreiheit inklusive Frühdienst und Spätdienst gewährleisten. Eltern sollen selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind um 7 Uhr bringen, weil sie zum Schichtdienst müssen, und es bis 15 Uhr in der Kita lassen oder ob sie um 8 Uhr kommen und den Platz bis 16 Uhr in Anspruch nehmen. Es kann aber nicht sein, dass man für den Frühdienst etwas bezahlen muss, wenn man einen Halbtagsplatz hat, weil man sein Kind um 7 Uhr bringt, während der andere sein Kind von 8 bis 16 Uhr bringt und am Ende nichts zahlt. Das ist nicht unser Verständnis von Beitragsfreiheit. Deswegen werden die Randzeiten kostenfrei gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Kommunen empfinden sich offensichtlich als Gewinner, aber auch als ausreichend berücksichtigt - zumindest, wenn ich die Äußerungen des Kollegen Mädge, des Präsidenten des Niedersächsischen Städtetages, zugrunde lege. „Es

gibt keine Verlierer, weder bei den großen Städten noch bei den kleinen Gemeinden“, so der Kollege Ulrich Mädge in einer Verlautbarung. Daher ist es gut, dass wir diesen Weg gegangen sind.

Es ist auch gut, dass die wirtschaftliche Jugendhilfe bei den Kommunen verbleibt. Ich rechne das nur einmal für die Landeshauptstadt Hannover vor: Hier gibt es 18.000 Kitaplätze. Die Hälfte davon, nämlich 9.000 Plätze, sind beitragsfrei. 9.000 mal 160 Euro - das ist der Höchstbeitrag, der bisher erstattet worden ist - ergibt 1,4 Millionen Euro Spielraum für mehr Qualität in der Landeshauptstadt Hannover. Das ist gut so, meine sehr geehrten Damen und Herren. Damit kann man sehr gut Sprachförderkonzepte aufstellen, aber auch die Qualität weiterentwickeln.

Zum Thema Sprachförderung ist viel gesagt worden. Mit den Verbänden ist deutlich darüber gesprochen worden, dass die Rückverlagerung in die Kitas eine Verlagerung zu den Experten ist.

Bei dieser Gelegenheit danke ich den Lehrkräften in Niedersachsen ausdrücklich dafür, dass sie bisher die Sprachförderung in Niedersachsen im vorschulischen Bereich sichergestellt haben.

Die alltagsintegrierte Sprachförderung ist aber in der Kita gut aufgehoben; denn die Erzieherinnen und Erzieher in Niedersachsen machen derzeit den Rest der Woche gar nichts anderes. Alltagsintegrierte Sprachförderung ist seit 2012 fest mit dem Land Niedersachsen vereinbart. Bis auf die eine Stunde wöchentlich, die bisher in der vorschulischen Sprachförderung angesiedelt war, haben die Erzieherinnen und Erzieher nichts anderes gemacht. Es entsteht also keine Zusatzbelastung, sondern es kommt eine Sprachförderung aus einem Guss, die vom Eintritt in die Kita bis zum Eintritt in die Schule durchgehend über drei Jahre gewährleistet werden kann und gewährleistet werden wird.

Deshalb ist es eine gute, sachorientierte alltagsintegrierte Sprachförderung, die bei den Erzieherinnen und Erziehern in Niedersachsen gut aufgehoben ist. Damit

entsteht auch ein deutlicher Qualitätszuwachs, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Anhörung verweisen. Ein dort anwesender Kitaleiter hat das exemplarisch für seine Kita vorgerechnet und gesagt: Mit der Verlagerung kann ich bei meiner Vier-Gruppen-Kita künftig eine Halbtagskraft einstellen, die die Sprachförderung in meiner Kita sicherstellt. Ein bombiges Konzept dazu habe ich ohnehin.

Ich finde, dass die Sprachförderung in den Händen unserer Erzieherinnen und Erzieher in Niedersachsen gut aufgehoben ist.

Herzlichen Dank.